

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ - VVR -

Niederschrift

über die Mitgliederversammlung der Vereinigung am
Dienstag, den 28. Oktober 2008 im „Historischen Rathaussaal“
der Stadt Koblenz

Tagesordnung

(in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Fassung)

1. Begrüßung, Bestimmung des Schriftführers, Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Bericht der Vorsitzenden
3. Bericht des Kassenwarts
4. Bericht der Rechnungsprüfer
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
 - a) Wahl des/der Vorsitzenden
 - b) Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden
 - c) Wahl des Kassenwarts
 - d) Wahl der übrigen Beisitzer im Vorstand
 - e) Wahl der Ersatzmitglieder des Vorstands
 - f) Wahl des Vertreters der Vereinigung in der Mitgliederversammlung des BDVR
 - g) Wahl der Rechnungsprüfer
7. Diskussion und Beschlussfassung über eine Beitragsänderung gemäß Beschlussvorschlag des Vorstands
8. Aussprache, insbesondere zur Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz
9. Sonstiges

Anwesend: 63 Personen (s. beigefügtes Teilnehmerverzeichnis)

Beginn: 14:10 Uhr

1. Der Vorsitzende, Herr ROVG Müller-Rentschler, eröffnet die Versammlung und begrüßt die Teilnehmer. Im Anschluss daran wird Frau Richter Dr. Rüth durch Akklamation der Versammlung zur Schriftführerin bestimmt. Die Versammlung beschließt die Tagesordnung. Die Versammlung gedenkt der in den beiden letzten Jahren verstorbenen Mitglieder der VVR.

2. Der Vorsitzende berichtet über die Arbeit des Vorstandes. Er verweist darauf, dass ein wesentlicher Teil der Aktivitäten des Vorstands von der Sorge um die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit geprägt war und dass sich der Vorstand vor diesem Hintergrund in Schreiben sowie in Gesprächen mit dem Justizminister und Vertretern der Landtagsfraktionen für die Zusammenlegung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, eine Zuweisung aller öffentlich-rechtlichen Materien an die Verwaltungsgerichte, die Beibehaltung des Spruchkörperprinzips und den Fortbestand aller vier Gerichtsstandorte eingesetzt habe. Sodann hebt er als neues Betätigungsfeld der VVR den Einsatz für eine angemessene – seit 2006 der Zuständigkeit des Landesgesetzgebers unterfallende – Richterbesoldung hervor und geht hier insbesondere auf die Abkoppelung der Richtergehälter von der allgemeinen Einkommensentwicklung und die zeitweilig beabsichtigte Absenkung der Eingangsgehälter ein. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die Arbeitsgruppe Richterbesoldung im BDVR hin. Als Themenschwerpunkte auch für die zukünftige Tätigkeit der VVR nennt der Vorsitzende neben dem Thema der Richterbesoldung die Neuordnung der Rechtswegzuständigkeiten im öffentlichen Recht, das Erfordernis einer zukunftsfähigen Sach- und Personalausstattung der Verwaltungsgerichtsbarkeit vor dem Hintergrund der Umsetzung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBBSY-Fach, eine Stärkung der richterlichen Beteiligungsrechte sowie die Umsetzung des Bologna-Prozesses in der Juristenausbildung.

3. Der Kassenwart der Vereinigung, Herr ROVG Wolff, erstattet daraufhin einen ausführlichen Kassenbericht für den Zeitraum vom 5. September 2006 bis zum 08. September 2008. Er verweist zunächst auf den allen Teilnehmern vorliegenden schriftlichen Kassenbericht und erläutert im Anschluss insbesondere die unter dem Punkt Einnahmen aufgeführten „Bareinnahmen“ (2006 und

2007) und „Rücküberweisungen“ (2007) sowie die unter dem Punkt Ausgaben aufgeführten Reisekosten des Vorsitzenden und des Vorstands. Schließlich hebt er den Rückgang des Beitragsaufkommens, bedingt durch die sinkende Anzahl insbesondere der aktiven Mitglieder bei gleichzeitigem Anstieg der Sachkosten (beinahe Kostenverdoppelung) hervor.

4. Für die Rechnungsprüfer bescheinigt Herr ROVG Dr. Beuscher Herrn ROVG Wolff, dass die Kasse ordnungsgemäß geführt wurde.
5. Herr ROVG Dr. Beuscher beantragt, den Vorstand zu entlasten. Die Versammlung beschließt einstimmig – bei Enthaltung der Betroffenen – die Entlastung des Vorstandes.
6. Für die Wahlen werden auf Vorschlag des Vorsitzenden und durch Akklamation der Versammlung folgende Personen zur Auszählkommission bestimmt: Frau VRinVG Dr. Cambeis-Glenz, Frau RinVG Zehgruber-Merz, Frau RinVG Verheul, Herr RVG Porz und Herr ROVG Dr. Beuscher.

- a) Für das Amt des Vorsitzenden wird als einziger Kandidat Herr ROVG Müller-Rentschler vorgeschlagen.

Nach geheimer Abstimmung wird folgendes Ergebnis verkündet:

abgegebene Stimmen	61
Ja-Stimmen	58
Gegenstimmen	1
Enthaltungen.	1
ungültige Stimmen	1

Herr ROVG Müller-Rentschler nimmt die Wahl an und übernimmt wieder die Versammlungsleitung.

- b) Für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden wird als einziger Kandidat Herr RVG Dr. Klages vorgeschlagen.

Nach geheimer Abstimmung wird folgendes Ergebnis verkündet:

abgegebene Stimmen	61
Ja-Stimmen	55
Gegenstimmen	2
Enthaltungen.	0
ungültige Stimmen	4

Herr RVG Dr. Klages nimmt die Wahl an.

- c) Für das Amt des Kassenvwartes wird Herr ROVG Wolff als einziger Kandidat vorgeschlagen.

Nach geheimer Abstimmung wird folgendes Ergebnis verkündet:

abgegebene Stimmen	61
Ja-Stimmen	57
Gegenstimmen	3
Enthaltung	0
ungültige Stimmen	1

Herr ROVG Wolff nimmt die Wahl an.

- d) Für die Wahl der Beisitzer werden Herr RVG Bender, Frau RinVG Nessler-Hellmann und Herr RVG Pluhm vorgeschlagen.

Nach geheimer Abstimmung wird folgendes Ergebnis verkündet:

Herr RVG Bender		Frau RinVG Nessler-Hellmann	
abgegebene Stimmen	61	abgegebene Stimmen	61
Ja-Stimmen	53	Ja-Stimmen	59
Gegenstimmen	3	Gegenstimmen	1
ungültige Stimmen	5	Enthaltungen	1

Herr RVG Pluhm

abgegebene Stimmen	61
Ja-Stimmen	52
Gegenstimmen	5
ungültige Stimmen	4

Herr RVG Bender, Frau RinVG Nessler-Hellmann und Herr RVG Pluhm nehmen die Wahl an.

- e) Der Vorsitzende schlägt folgende Ersatzmitglieder vor:

1. VRinVG Faber-Kleinknecht für das VG Mainz
2. RinVG Bröcheler-Liell für das VG Trier
3. RVG Theobald für das VG Koblenz
4. RinVG Klengenmeier für das VG Neustadt

Die vorgeschlagenen Ersatzmitglieder werden in – zuvor einvernehmlich beschlossener – offener Abstimmung jeweils einstimmig bei einer Enthaltung gewählt und nehmen die Wahl an.

Der Vorsitzende verabschiedet Frau VRinVG Faber-Kleinknecht und dankt ihr für ihre fast 17 Jahre währende, die Arbeit der VVR maßgeblich prägende Tätigkeit als Beisitzerin im Vorstand und als stellvertretende Vorsitzende der VVR. Sodann verabschiedet er auch Herrn RVG Porz aus der Vorstandstätigkeit und dankt ihm ebenfalls für seine langjährige Mitwirkung.

- f) Für die Wahl des Vertreters der Vereinigung in der Mitgliederversammlung des BDVR wird als einziger Kandidat Herr ROVG Müller-Rentschler vorgeschlagen. Er wird in – zuvor einvernehmlich beschlossener – offener Abstimmung ohne Gegenstimmen bei eigener Enthaltung gewählt. Herr ROVG Müller-Rentschler nimmt die Wahl an.
- g) Der Vorsitzende schlägt Herrn ROVG Dr. Beuscher und Herrn RVG Schnug für das Amt der Rechnungsprüfer vor. Die Kandidaten werden in – zuvor einvernehmlich beschlossener – offener Abstimmung bei eigener Enthaltung und Enthaltung des Kassenwarts einstimmig gewählt. Sie nehmen die Wahl an.

7. Nach ausführlicher Diskussion beschließt die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands gemäß § 8 e) der Satzung mehrheitlich bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen folgende Beitragsänderung:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt ab dem 1. Januar 2009

- 50 € für aktive Mitglieder gem. § 4 Nr. 1, 1. Alt. der Satzung
- 32 € für pensionierte und sonstige Mitglieder gem. § 4 Nr. 1, 2. Alt. und § 4 Nr. 2 der Satzung.

Der weitergehende Vorschlag von Herrn VizePräsVG Eckert, den Beitrag auf 54 bzw. 34 € zu erhöhen, wird mehrheitlich abgelehnt.

8. (Aussprache)

Herr Prof. Dr. Meyer beglückwünscht den neugewählten Vorstand und regt an, bei künftigen Versammlungen mehr Zeit für eine Diskussion über die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Verfügung zu stellen. Er berichtet von der

Präsidentenbesprechung in Münster und hebt dabei die maßgeblich durch die unterschiedlichen Laufzeiten bedingte Diskrepanz zwischen dem bundesweiten Ansehen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit hervor. Des Weiteren weist er darauf hin, dass wegen des starken Rückgangs der Eingangszahlen seit 2005 insgesamt 32 Stellen bei den Verwaltungsgerichten weggefallen oder umgeschichtet worden sind. Zum Thema PEBBSY-Fach merkt er an, dass der Deckungsgrad in der Verwaltungsgerichtsbarkeit über 100% liege, wohingegen die Sozialgerichtsbarkeit nur auf annähernd 80% komme. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass die Zusammensetzung und Komplexität der verwaltungsgerichtlichen Verfahren von PEBBSY nur unzureichend erfasst werde und insoweit auch ein erheblicher Unterschied zu anderen Gerichtsbarkeiten bestehe, der auch bei der Außendarstellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit stets Berücksichtigung finden solle.

9. (Sonstiges)

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Um 16.30 Uhr schließt der Vorsitzende die Versammlung.

gez. Müller-Rentschler

gez. Dr. Rüth